

SPAR - Bürgermeisterbrief



Gemeinde Ebergassing / Wienerherberg

Ein Ort in Bewegung



www.bergassing.at



Bürgermeister
Roman Stachelberger

Werte Gemeindebürgerinnen! Werte Gemeindebürger!

Aufgrund der anhaltenden Falschinformationen und der Panikmacherei rund um die SPAR – Betriebsansiedlung in Ebergassing, durch den Verein Bürgerinitiative Kontra Logistikzentrum Ebergassing e.V. (nachfolgend BI genannt) darf ich Ihnen als Bürgermeister eines versichern

DIE SPAR – BETRIEBSANSIEDLUNG KOMMT!

Zwischen Spar und der Gemeinde Ebergassing war vertraglich vereinbart, dass die Firma Spar die Möglichkeit hatte bis Jahresende 2012 vom Kauf zurückzutreten. Die Firma Spar will das Projekt weiter verfolgen und die Betriebsansiedlung weiter vorantreiben.



Entgegen der stetigen Behauptung der BI, die Mehrheit der Bevölkerung zu vertreten, darf ich Ihnen mitteilen, dass dies sicherlich nicht so ist. Dies zeigt sich vor allem bei den „Groß-Demos“ in Ebergassing. Wenn hier, wie bei der letzten Demo am 31. Jänner 2013, nicht mehr als ein Dutzend Personen demonstrieren, so lässt sich daraus ableiten, wieviele Ebergassingener sich von der Gruppe vertreten fühlen. Auch bei dem Betriebsanlagengenehmigungsverfahren hat der Verein, bzw. dessen Rechtsvertreter zur Verhandlung, 260 Vollmachten von Personen beigebracht, die gegen die Betriebsansiedlung auftreten, wovon viele nicht einmal in Ebergassing wohnen.

Diese 260 Personen sind rund 6% der Bevölkerung von Ebergassing, wohlgemerkt davon wohnen nicht alle in Ebergassing bzw. wurden auch falsche Adressen angegeben.

Der Verein Bürgerinitiative Kontra Logistikzentrum Ebergassing e.V. (BI) schreckt in seinen Aktivitäten zur Verhinderung des Projektes vor keinen Mitteln zurück. Verbale Untergriffe gegen Befürworter und Denunzierungen sind an der Tagesordnung.

BELOGEN, DIFFAMIERT UND VORSÄTZLICH FALSCH INFORMIERT

Auch werden Behördenvertreter belogen, diffamiert und vorsätzlich falsch informiert. Der Vertreter der Umweltschutzbehörde, wurde von der BI betreffend der SPAR Betriebsansiedlung schon mehrfach in dieser Angelegenheit angelogen, so dass dieser in einer Besprechung die Vertreter der BI auf deren unwürdiges Verhalten hingewiesen hat.



In einem öffentlichen Brief haben sich einige Gemeinderätinnen und Gemeinderäte gegen den verbalen Stil des Vereins Bürgerinitiative Kontra Logistikzentrum Ebergassing e.V. im Umgang mit den Mitbürgern ausgesprochen.

Der Bürgermeister hat gemeinsam mit der Vizebürgermeisterin eine Klage bei Gericht eingebracht, um die falschen Unterstellungen von Korruption, Amtsmissbrauch udgl. auf der Homepage der BI zu unterbinden.

Die BI versucht mittels inhaltlich falschen Flugblätter die Ortsbevölkerung zu manipulieren und zu verunsichern.

So auch im Flugblatt vom Jänner 2013, wo die BI die Anpassungen von Gebühren an den Verbraucherpreisindex mit der Errichtung der SPAR Betriebsansiedlung in direktem Zusammenhang zu bringen versucht. Diese übliche Maßnahme der Indexanpassungen wurde im Übrigen mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP im Gemeinderat beschlossen und steht in keinem Zusammenhang mit einem Projekt, auch nicht mit dem der Firma SPAR.

Entsprechend der NÖ Gemeindeordnung und der NÖ Gemeindeaufsichtsbehörde sind alle Gebühren und Abgaben kostendeckend zu gestalten, daher auch gegebenenfalls anzupassen. Die Gemeinde darf auf keine gesetzlichen Abgaben und Gebühren verzichten.

Auch die Firma Spar muss alle Anschluss- und Aufschließungsabgaben bezahlen.

Trotz Indexanpassung, liegen die Gebühren und Abgaben, insbesondere die Mieten in Ebergassing im unteren Drittel, hier speziell für sie einige Vergleichszahlen und Richtsätze:

Gemeinde	Kanaleinmündung	Aufschließung	Kanalbenützungsggeb.	Wasserbezugsgeb.
Himberg	€ 14,40	€ 530,00	€ 3,40	€ 1,33/m ³
Gramatneusiedl	€ 11,50	€ 480,00	€ 2,95	€ 1,45/m ³
Schwadorf	€ 14,00	€ 450,00	€ 1,95	€ 1,20/m ³
Moosbrunn	€ 13,01	€ 450,00	€ 3,14	€ 1,50/m ³
Ebergassing	€ 11,10	€ 530,00	€ 2,80	€ 1,20/m ³

Falschmeldung der BI:

Die BI behauptet die Gemeinde muss sich mit € 2 Millionen für die Betriebsgebieterschließung verschulden.

Die Kosten zur Errichtung des Betriebsgebietes:

Aufgrund der bereits durchgeführten Ausschreibung belaufen sich die gesamten Baukosten zur Herstellung der Infrastruktur auf € 1.873.000,-.

Diese werden wie folgt finanziert:

Eigenmittel (Einnahmen von SPAR, etc.)			€ 942.000,00
Bankkredite (gefördert - Landesfinanzsonderaktion)			€ 336.000,00
Förderung ECO Plus Darlehen (Zinsenlos)	15%	€ 982.330,80	€ 147.000,00
Sonderförderung ECO Plus für Kreisverkehr	25%	€ 590.867,64	€ 148.000,00
Förderung Bedarfszuweisung			€ 300.000,00
Gesamtkosten			€ 1.873.000,00



Wirtschaftlichkeitsberechnung:

	pro Monat	pro Jahr	Gesamt nach 10 Jahren
AUSGABEN: Gesamtbelastung für die Gemeinde Ebergassing in den nächsten 10 Jahren durch Darlehensrückzahlungen	€ 4.321,00	€ 51.852,00	€ 518.520,00
EINNAHMEN: Kommunalsteuer	€ 12.500,00	€ 150.000,00	€ 1.500.000,00
Verbleib zu Gunsten der Gemeinde	€ 8.179,00	€ 98.148,00	€ 981.480,00

Pro Jahr hat somit die Gemeinde Ebergassing Mehreinnahmen von € 98.000,-.

Ab dem 11. Jahr erhöhen sich diese Mehreinnahmen auf € 150.000,-.

Diese finanziellen Mittel sind dringend für die Erhaltung der bestehenden sozialen Einrichtungen und der Gesamtanierung der Volksschule erforderlich. Vor allem im Hinblick auf die Reformen im Bildungssystem ist die Anpassung / Sanierung unserer Schule dringend notwendig.

Die Gemeinde Ebergassing hat aufgrund ihrer geringen Schulden eine hohe freie Finanzspitze (Darlehensaufnahme ohne Bedenken möglich). Es wäre daher möglich, eine Generalsanierung der Volksschule mit Darlehen zu finanzieren, wie dies andere Gemeinden praktizieren. Wenn schon eine Finanzierung über Darlehen erforderlich ist, dann sollten diese gefördert sein bzw. für die Rückzahlung genügend Mittel vorhanden sein. Aus finanzwirtschaftlichen Gründen muss eine Bedeckung aus den laufenden Einnahmen gegeben sein.

Die Bürgerinitiative informiert vorsätzlich falsch. Es gibt für den Bürger keine Belastungswelle durch die Betriebsansiedlung, im Gegenteil, wir haben Mehreinnahmen in Höhe von € 98.000,- pro Jahr und ab dem elften Jahr Mehreinnahmen von 150.000,- (Darlehen sind zurückbezahlt).

Alle Gemeinden werden laufend von der Aufsichtsbehörde überprüft. Bei uns fand dies zuletzt im Herbst 2012 statt. Das Ergebnis war, dass Ebergassing wirtschaftlich gut und effizient geführt wird. Wir bieten einen hohen sozialen Standard, hauptsächlich durch die Einnahmen aus der Kommunalsteuer. Trotzdem



haben die Prüfer in deren Bericht alle sozialen Leistungen angeführt die zu streichen sind, wenn die Einnahmen weniger werden sollten. Die Einnahmen aus den Ertragsanteilen (Zuteilungen an alle Gemeinden aus dem Steuertopf) steigen, wenn überhaupt, in einem geringeren Prozentsatz zu den Ausgaben bei der Sozialhilfe und dem Krankenkassenbeitrag. Immer mehr Gemeinden können nicht mehr ausgeglichen bilanzieren. Die Folge ist, dass Gemeinden beim Land und Bund zum Bittsteller werden, damit die Budgetlöcher durch außerordentliche Zuwendungen gestopft werden können. Gewährt werden diese finanziellen Mittel jedoch nur dann, wenn absolut alle Einsparungsmaßnahmen getroffen und alle Einnahmenschancen ausgeschöpft wurden. (Anhebung von Abgaben, Steuern und Mieten auf das Maximum, Schließung von sozialen Einrichtungen, keine Musikschule, keine Grünflächenbetreuung etc.) All das wollen wir für unsere Gemeinde nicht.



Falschmeldung der BI:

Die BI behauptet, dass Abgaben für Trinkwasser im Gemeinderat um satte 18% erhöht werden. Beim Wasser gibt es nur eine Abgabe und dies ist die Anschlussabgabe und hier ist der Richtsatz mit € 8,50 nicht erhöht worden. Erhöht wurde die Wasserbezugsgebühr für 1 m³ Wasser von € 1,10 auf € 1,20 (beide Werte exkl. Ust) und dies ist eine Erhöhung von 9,09 % und auch nicht 18% wie fälschlicherweise von der BI behauptet. Die letzte Preisanpassung war vor sechs Jahren. Unser Wasserlieferant, die EVN-Wasser hat im gleichen Zeitraum den Verkaufspreis an die Gemeinde um 11,68 % erhöht. Wir können das Wasser günstiger anbieten, da wir glücklicherweise noch über eigene Brunnen verfügen und somit einen Teil unseres Trinkwassers selbst fördern. Die Wassermessergebühr für einen 3 m³ Wasserzähler wurde von € 11,40 auf € 21,6 pro Jahr angehoben. Dies entspricht den tatsächlichen Kosten für einen Funkwasserzähler.

Falschmeldung der BI:

Zur Aussage der BI, dass ein Aufenthalt von über 30 Minuten am Rodelberg eine Gesundheitsgefährdung für Erwachsene und Kinder darstellen würde, ist pure Panikmacherei.

Nachstehend ein Auszug aus dem amtsärztlichen Gutachten zum Betriebsanlagenverfahren, aus dem eindeutig hervorgeht, dass keine negative gesundheitliche Beeinflussung zu erwarten ist.

Auszug aus der Stellungnahme des Amtsarztes der BH Wien – Umgebung vom 03.10.2012

„Die Zusatzbelastungen im Tagesmittel bzw. im Jahresmittel sind als gering anzusehen, sie erreichen beim TMW nicht die 3% Irrelevanzschwelle und auch beim Jahresmittel bleiben sie unter der 1% Irrelevanzschwelle. Aus medizinischer Sicht wird daher gefolgert, dass die von der gegenständlichen Anlage ausgehende Feinstaub – Zusatzbelastung als nicht gesundheitsgefährdend anzusehen ist. Mit hoher Wahrscheinlichkeit kann davon ausgegangen werden, dass die Gesamtbelastung (die Summe aus Vorbelastung und Zusatzbelastung) keine anderen Auswirkungen auf die Gesundheit der Anrainer zeigt als die Vorbelastung alleine. Die höchste Zusatzbelastung an Stickstoffdioxid (NO₂) im Jahresmittel wird am BUP 1 mit 0,57 µg/m³ erreicht.

Die Vorbelastung an Stickstoffdioxid wird daher nur geringfügig erhöht, die Gesamtbelastung wird im Bereich der nächsten Wohnnachbarschaft rund 25 µg/m³ betragen und daher unter dem Grenzwert von 30 µg/m³ gemäß Immissionsschutzgesetz Luft liegen, eine negative gesundheitliche Beeinflussung ist nicht zu erwarten.

Bei den anderen erhobenen Luftschadstoffen wie Kohlenmonoxid, Benzol und Benz(a)pyren kommt es zu keiner Erhöhung der Vorbelastung, eine weitere Betrachtung erübrigt sich daher.“

AMTSARZT HAT KEINE BEDENKEN - BÜRGERINITIATIVE WEISS ES BESSER?

Auch in diesem Punkt arbeitet die BI mit der Angst der Bürger. Selbst das positive Gutachten des Amtsarztes der BH - Wien-Umgebung wird ignoriert.

Der Spielbereich am Rodelberg befindet sich ca. 80m südlich des Parkplatzes und dazwischen wurde bereits vor einigen Jahren ein Wald angepflanzt. Auch der Spielplatz in der Himbergerstraße befindet sich nur 60 m neben der B15 und dort ist auch keine Beeinträchtigung zu erwarten.

Wo sind die Gutachten der BI?

Die BI bezieht sich in deren Aussendungen immer wieder auf verschiedenste Gutachten, die sie selbst in Auftrag gegeben hätten.

Gutachten der TU-Wien. Es gibt kein Gutachten der TU-Wien in diesem Verfahren. Wenn dieses Gutachten für dieses Projekt so wichtig erachtet wird, warum wurde es im Zuge der Gewerbeverhandlung nicht beigebracht und behandelt? Wenn es dieses Gutachten überhaupt gibt, behandelt dieses die Betriebsansiedlung der Fa. Spar in Ebergassing oder ist dies nur ein Allgemeingutachten, wo das Wort „Logistik“ enthalten ist.

Lärmgutachten: Es gibt kein Gutachten. Von der BI wurde im Verfahren kein Lärmgutachten beigebracht. Warum nicht, wenn dieses so niederschmetternd sein soll?

Gutachten Wertminderung: Es gibt auch hier kein Gutachten, lediglich ein unverbindliches Schreiben in welchem eine Wertminderung von bis zu 20% laut der Einschätzung der Verfasserin angeführt ist. Im letzten Satz wird jedoch darauf hingewiesen, dass keine Markterhebung durchgeführt wurde!



Falschmeldung der BI - Wertminderung von Grundstücken:

Der Verkauf der Grundstücke in Ebergassing mag momentan stagnieren, aber sicherlich nicht wegen der Betriebsansiedlung von Spar, wohl eher wegen der laufenden Falschmeldungen und erfundenen Horrorszenarien der BI.

Wie sie sehen, geschätzte Gemeindegewissinnen und Gemeindegewisser, wird durch die BI bewusst mit falschen Zahlen und Angaben versucht die Menschen zu verunsichern.

Falsche Behauptungen werden durch laufende Wiederholungen auch nicht wahr.

Falschmeldungen der BI über ehemalige Hausmülldeponie:

Auch im diesem Fall schreckt die BI nicht zurück und verbreitet Unwahrheiten.

Wir stellen richtig:

Es tritt kein Deponiegas aus, weil nachweislich keines vorhanden ist.

Es gelangen auch keine Sickerwässer ins Grundwasser, dass im übrigen dort in einer Tiefe von 60 Meter ist. Wie soll das gehen?

Im Jahr 1987 wurde die Hausmülldeponie der Gemeinde Ebergassing geschlossen. Die Hausmülldeponie befand sich auf dem Areal des bestehenden Rodelberges. Die Oberfläche des Deponiegeländes wurde mit einer verdichteten Lehmschicht überzogen, es können somit keine Niederschlagswässer eintreten, folglich gibt es auch nichts zu versickern.

Um das ehemalige Deponiegelände wurden Sonden gesetzt und über Jahre durch die Behörde überprüft. Nachdem bewiesen war, dass durch die Deponie keinerlei Beeinträchtigungen zu erwarten sind, wurden die Untersuchungen eingestellt. Der Rodelberg wurde mit untersuchtem Erdaushubmaterial angeschüttet und ein Biotop wurde angelegt.

Grundsätzliches zum Rodelberg:

Bedingung für die Umwidmung des Betriebsgebietes war, dass zwischen dem Betriebsgebiet und dem Wohngebiet an der Waldgasse bzw. Goldwaldstraße eine Pufferzone geschaffen wird. Auf dieser Fläche wurde angrenzend zum Betriebsgebiet eine Fläche von ca. 8.000 m² aufgeforstet. Angrenzend an den Wald wurde ein Streetsoccerplatz, ein Beachvolleyballplatz errichtet und auch die Fläche für einen Eislaufplatz angelegt.

Wir wollen dieses Gelände für Veranstaltungen verschiedenster Art nutzen. Es wurde daher als Trennung zum Wohngebiet die Errichtung eines begrünten Erdwalls geplant. Der in parallel zur Waldgasse errichtet werden soll. Die Einreichung bei den zuständigen Behörden läuft.





Ohne das Betriebsgebiet gäbe es auch keinen „Spielplatz am Rodelberg“.

Natura 2000 Gebiet

Auch dieses Thema wurde in einigen Sitzungen bei der auch Vertreter der BI anwesend waren, ausführlich behandelt und durch entsprechende Gutachten kompetenter Fachleute untermauert. Dass die grüne Abgeordnete Frau Petrovic dazu in Ebergassing eine Pressekonferenz abgehalten hat, ist legitim.

Jedoch entbindet selbst ein politisches Engagement der Grünen Frau Petrovic nicht, rechtlich, durch Gutachten belegte Tatsachen anzuerkennen.

Selbst der unabhängige Umweltanwalt der NÖ Landesregierung hat dieses Projekt als absolut gesetzeskonform eingestuft.

Die GRÜNEN und die Bürgerinitiative:

Die Grünen sprachen sich für eine Verlegung der Spar Betriebsansiedlung an die Gemeindegrenze nach Gramatneusiedl aus, wie dies ursprünglich auch von der ÖVP gefordert wurde. Wären wir deren Wünschen gefolgt würden die LKW's tatsächlich durch unseren Ort oder Gramatneusiedl fahren.

Im Frühjahr 2012 hat sich die grüne Abgeordnete zum NÖ Landtag, Frau Krismer-Huber, in einer Landtagssitzung ganz klar für den Standort zwischen Ebergassing und Gramatneusiedl ausgesprochen.

Nachzulesen ist dies in dem NÖ Landtagsprotokoll der 49. Sitzung vom 19.04.2012:

Auszüge aus der Rede der Abgeordneten Fr. Mag. Krismer – Huber vom 19.04.2012:

Abg. Krismer – Huber: „Ich möchte aber jetzt die Gelegenheit nützen, dass wir gemeinsam nicht nur uns diesen Grenzbereich anschauen Wien-Niederösterreich, sondern einmal ehrlich zu uns selber sind und sagen, na wo haben wir denn wirklich die Probleme auch im Land Niederösterreich? Und nicht unweit, geografisch, von dem sozusagen Ausgangsprojekt, warum wir hier heute den Antrag haben, gibt's in Ebergassing das zweitgrößte Logistikzentrum, das jetzt errichtet werden soll. Ich sage jetzt gleich, ich bin da überhaupt keine Trittbrettfahrerin. Sondern wir sind nur vier und ich habe das relativ kurzfristig, nämlich vorgestern, erfahren von dieser Bürgerinitiative. **Und mir ist es nicht möglich, dass ich immer total up to date bin.** Und habe mich wahnsinnig geärgert, dass ich das erst jetzt erfahren habe.“

....„Es hätte diese Umwidmung nicht gestattet werden dürfen von der Landesbehörde! Man hätte wirklich sagen müssen, ... Es gibt nämlich auch Alternativen. **Es gibt an der Gemeindegrenze zu Gramatneusiedl anscheinend schon ohnehin umgewidmetes Gewerbegebiet, also hätten wir es dort hingeben.**

Der Verkehr wird in dem Ausmaß nicht mit einbezogen. Und es hat auch die Naturverträglichkeitsprüfung letztendlich versagt, weil es nicht beäugt wurde, was ein quasi rund um die Uhr leuchtender Körper „Logistikzentrum“ heißt. Und ich habe mir diese Protokolle angesehen von der Bürgerinitiative als sie mit dem Unternehmen gesprochen hat. Das sind ganz andere Zahlen. Und das ist auch gestern wieder nicht klar dargestellt worden.

Und jeder, der weiß, wie Logistiker arbeiten ... Die beginnen um 2, 3 Uhr nächtens mit Lkw voll packen und dann gehen die ersten Fuhrer hinaus.



Abg. Razborcan: Und dort willst du das haben? Du musst dir das einmal anschauen. Da fährst du durch den Ort!

Abg. Krismer – Huber: „Ich habe gesagt, an der Gemeindegrenze zu Gramatneusiedl, das Gebiet ist noch in Ebergassing. Also in Ebergassing haben sie schon was aufgeschlossen. Sie hätten es auch woanders machen können, ja?

Abg. Razborcan: Ich sag ihnen dass du das willst, auf der Gramatneusiedler Gemeinde!

Abg. Krismer – Huber: Nein, mir geht's darum, Kollege Razborcan, du redest ja morgen mit ihnen. Mir geht's wirklich nur darum, das aufzuzeigen, dass es Dinge gibt ...

Abg. Razborcan: Dort soll es hinkommen? Ich sag' es ihnen morgen!

Abg. Krismer – Huber: „Also ich kann jetzt noch einmal eine tatsächliche Berichtigung machen. Ebergassing hat an der Grenze im eigenen Ortsgebiet bereits umgewidmete Gewerbegebietsflächen. Das wäre eine Variante. „

Abg. Razborcan: „Du solltest dir das einmal anschauen!“

Sehr geehrte Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger urteilen sie selbst. In dieser Rede dürften aber die wahren Beweggründe der BI zu finden sein, nämlich die SPAR – Betriebsansiedlung an die Gemeindegrenze zu Gramatneusiedl zu legen.

Unabhängig davon, dass dieses Areal **keine entsprechende Flächenwidmung** aufweist, **ist dies eine absurde Idee. Vielleicht war das auch der Wunsch der BI. Wir als Gemeinde sind damals sofort zum Wohle unserer Bürger dagegen aufgetreten.**

Sehr geehrte Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger, ich darf Ihnen versichern, dass sich die Gemeindeführung und die Betriebsansiedlungsgesellschaft des Landes, die ECO – Plus, unter Beiziehung von Fachleuten intensiv mit der Frage des Standortes der neuen SPAR – Niederlassung in Ebergassing auseinander gesetzt haben.

Der gewählte Standort im nördlichen Betriebsgebiet an der B15 ist für dieses Projekt der Beste für Ebergassing. Wäre der Standort südlich von Ebergassing an der B15 oder an der Gemeindegrenze zu Gramatneusiedl, so wie es der Wunsch der BI ist, würde der gesamte Verkehr zwangsläufig durch den Ort geführt werden.

In einem Gespräch im Büro des Hrn. LH Dr. Pröll, wurden durch Herrn Bürgermeister Stachelberger die falschen Angaben der BI und die Panikmacherei rund um die SPAR – Betriebsansiedlung aufklärt und ausgeräumt.

Bei aller Abneigung welche die BI gegen dieses Projekt entwickelt hat, sollten die Verantwortlichen, die die sachliche Ebene längst verlassen haben nicht vergessen, dass das Beschimpfen, Denunzieren und Verbreiten von Unwahrheiten in unserem Ort nichts verloren haben.

Tun sie das Ebergassing nicht weiter an, kehren sie auf die sachliche Ebene zurück.

Abschließend sehr geehrte Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger darf ich Ihnen allen noch versichern, dass mein Team und ich auch weiterhin zum Wohle der Gemeinde arbeiten werden. Wir haben noch viel vor!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Bürgermeister
Roman Stachelberger

Gemeinde Ebergassing / Wienerherberg

Ein Ort in Bewegung

